Beschluss Gemeinsam, gerecht und sozial: Alle mitnehmen!

Gremium: KMV Potsdam
Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

Toleranz in Potsdam leben

Potsdam ist bunt! In der Tradition der Bürger*innenbewegung, die als "Bündnis 90" in unserem Parteinamen dauerhaft verankert ist, unterstützen wir Bürger*inneninitiativen, die unseren programmatischen Grundsätzen entsprechen und das Wohl der Stadt im Blick haben. Als Partei und Stadtfraktion sind wir Mitglied im Bündnis „Potsdam bekennt Farbe!“ und somit Teil eines breiten gesellschaftlichen Zusammenschlusses. Gemeinsam mit anderen setzen wir auch in den kommenden Jahren entschiedene Signale für ein weltoffenes, tolerantes Potsdam für eine solidarische Stadtgesellschaft ohne Ausgrenzungen und gegen rechtsextreme Veranstaltungen und Instrumentalisierungsversuche von Ereignissen und Orten in Potsdam ein.

Dafür machen wir uns stark:

- Aktive Unterstützung des Bündnisses "Potsdam bekennt Farbe“ durch gemeinsame Aktionen für Demokratie, Weltoffenheit, gegen Rechtsextremismus und Rassismus

- Ausbau des interkulturellen und interreligiösen Dialoges in Potsdam z.B. begrüßen wir den Aufbau der Synagoge, die Versöhnungsarbeit der Nagel-Kreuzgemeinde, die Aktivitäten der muslimischen Gemeinde und der französisch-reformierte Kirche sowie andere Dialoge der Religionen und Glaubensgemeinschaften im Sinne des „Neuen Potsdamer Toleranzediktes“

- Minderheitenrechte stärken, z. B. für geflüchtete und wohnungslose Menschen, sowie lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTTIQ*), Diskriminierungen entgegenwirken und Hilfen ermöglichen,

- U.a. regen wir die Benennung einer/eines Ansprechpartner*in für die Belange von LSBTTIQ* im Büro für Chancengleichheit an.

Sozialen Zusammenhalt in allen Generationen fördern

Der soziale Zusammenhalt in allen Generationen unserer Stadtgesellschaft und die Unterstützung von Bürger*innen in persönlichen finanziellen oder gesundheitlichen Notlagen, bleibt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein wichtiges Ziel kommunaler Politik. Wir fordern eine Einbindung sozialer Kriterien, wie die Anlehnung der Löhne an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, bei der Vergabe an freie Träger der sozialen und gesundheitsversorgenden Arbeit.
Die großen Unterschiede und Zusammenhänge im Bereich von Einkommen und Zugang zu guter Bildung sind vielfältig wissenschaftlich erforscht und dokumentiert.

Kinderarmut gerade in bildungsfernen Familien, viele davon mit Migrationshintergrund, drückt sich auch durch die Verdrängung der weniger gut gestellten Familien aus gewachsenen, solidarischen Nachbarschaften der Innenstädte in die oft weniger attraktiven Außenbezirke (Gentrifizierung). Dabei ist es für den solidarischen Zusammenhalt in Potsdam wichtig, dass die vielfältigen Lebensweisen in allen Stadtteilen vertreten sind und einander offen gegenüber treten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich in Projekten wie der Gartenstadt Drewitz Menschen unterschiedlichster sozialer Herkunft begegnen können.

Dafür machen wir uns stark:

- Soziale und ökologische Projekte nach dem Beispiel der „Gartenstadt Drewitz". Sie ist ein positiver Ansatz zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen und ist beispielgebend für andere Stadtteile von Potsdam und andere Regionen. Dafür sprechen auch zahlreiche Auszeichnungen, wie dem Deutschen Städtebaupreises 2014 und einer Auszeichnung im Bundeswettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2014"

Familien vor sozialem Abstieg schützen- Armen Kindern Teilhabe ermöglichen und Perspektiven eröffnen

Potsdam wächst und etabliert sich als familienfreundliche Stadt. Viele Familien können in Potsdam gut leben. Die Schattenseite in Potsdam ist, dass ca. 15 % Prozent der Kinder und Jugendlichen von Armut betroffen sind. Als arm gelten 3765 Kinder und Jugendliche im Bezug von ALG II Leistungen des SGB II. Diese Kinder haben weniger Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft und damit auch geringere Perspektiven für die Zukunft.

Deshalb ist es Ziel Grüner Politik, dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. Mittels frühzeitiger Bildung-, Jugend- und Sozialarbeit soll individuelle Problemlagen und deren Verstetigung entgegengewirkt werden. Eine Stadt wie Potsdam kann die Ursachen von Armut nicht beheben - vieles hängt von der Landes- und Bundesgesetzgebung ab - kann aber deren Folgen minimieren.

Dafür machen wir uns stark:

- eine regelmäßige kommunale Armuts- und Reichtumsberichterstattung
- Fortschreibung und Monitoring der Maßnahmen zur Minimierung der Folgen von Armut
- eine kostenfreie Bildung (Materialien, Klassenfahrten, Nachmittagsangebote, Speisen)
- die Einführung einer Bildungskarte, nach dem Beispiel der Stadt Münster. Mit der Bildungskarte bezahlen berechtigte Kinder und Jugendliche die

Kosten für Tagesausflüge, Mittagessen, Lernförderung oder Vereinsbeiträge direkt am Ort, ohne Papiergutschein oder Bargeld.

- leicht zugängliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und Eltern.
- Fortführung der Arbeit des Bildungsbüros auch nach Ablauf des Förderzeitraums
- keine Zwangsräumung von Familien mit Kindern aus städtischen Wohnungen
- Vereinfachung und Hilfen bei der Beantragung von Unterstützungsleistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BUT) für Familien mit geringem Einkommen
- Pflegekinderdienst personell aufstocken, bessere Einflussmöglichkeiten bei Problemfällen in Elternhäusern und Pflegefamilien
- Projekt „Leihgroßeltern“: Unterstützung Alleinerziehender und überlasteter Familien
- verstärkte Investitionen in die Prävention, um Familien zu stärken, damit sie ihre Kinder gut begleiten können und dadurch Fremdplatzierungen von Kindern in Wohngruppen o.Ä. reduziert und nach Möglichkeit vermieden werden können. Zur Prävention zählen z.B. die verlässliche Finanzierung von Familienbildungsangeboten wie beispielsweise Frühförderung, Erziehungsberatungsstellen und die Unterstützung von Familienfreizeiten und Familienerholung

Alle Familienformen unterstützen
Familienformen sind vielfältig. Ob Vater-Mutter-Kind, Mutter-Kind-Kind oder Vater-Vater-Kind – Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Wir wollen alle Familienformen unterstützen.

Dafür machen wir uns stark:

- Wir wollen bestehende Familienzentren und Initiativen für die Gründung neuer Familienzentren fördern. Hier können niedrigschwellige Angebote für alle Familien wie Schwangerschaftsberatung, Eltern-Kind-Kurse, Vermittlung von unterstützenden Patenschaften, Beratung und Aktivitäten für Regenbogenfamilien oder Senior*innenkreise stattfinden.
- Wir wollen vielfältige Familienformen stärker in den Jugendhilfeplan der Stadt Potsdam integrieren. Inklusion als oberste Maxime sollte daher auch z.B. die Akzeptanz verschiedener geschlechtlicher oder sexueller Identitäten beinhalten (neben den dort bereits benannten Gruppen). Ebenso sollen die beiden Gruppen in der Ausgestaltung des Handlungsfeldes „Chancengleichheit und Vielfalt“ ergänzend berücksichtigt werden.
- Im kommunalen Verwaltungshandeln (Formulare, Vorschriften und allgemeine Informationen) muss die Vielfalt der Familienformen angemessen Berücksichtigung finden

Bezahlbares Wohnen ermöglichen

Eine Aufgabe der Stadt ist es, für alle Bürger*innen bezahlbaren Wohnraum in allen Stadtteilen vorzuhalten und sozialökonomisch durchmischte Wohngebiete zu ermöglichen.

Die kommunalen Wohnungsunternehmen sollen geeignete barrierefreie und bezahlbare Wohnmöglichkeiten für Familien, Menschen mit Behinderung und Senior*innen vorhalten und neu schaffen. Darüber hinaus sollten generationenübergreifende und gemeinschaftliche Wohnprojekte in der Stadt gefördert und unterstützt werden.

Die bisherige Politik der kommunalen Wohnungsunternehmen muss hinsichtlich der Eigentumsbildung für Familien auf den Prüfstand gestellt. Modelle für die Eigentumsentwicklung, gerade für Menschen in Sozialberufen, müssen in allen Stadtteilen gefördert werden. Neben der Stabilität des Wohnumfeldes wirkt dies auch der Altersarmut entgegen. Der mögliche Eigentumserwerb kann Anreize setzen für Menschen zum Beispiel in Sozialberufen in der Stadt Potsdam zu wohnen und zu arbeiten.

- Neue Modelle zu Miete und Eigentumsbildung für niedrige und mittlere Einkommen zu entwickeln, gerade für Sozialberufe in Potsdam
- Subventionierter Wohnraum für Menschen mit geringen Einkommen in allen Stadtteilen
- Eigentumswohnungen im Niedrigkostensegment schaffen (mit Möglichkeit des Eigenausbaus, mit Bereitstellung eines Kapitalstocks, mit Bürgschaften oder über einen Rotationsfonds für Sozialberufe; auf bodenbezogene Steuern verzichten; pro-bono Notare finden)

Gleichstellung bedeutet Gerechtigkeit

Seit vielen Jahren machen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine gelebte Gleichstellung von Männern und Frauen stark. Dabei geht es uns sowohl um die gerechte Verteilung von Führungspositionen zwischen Frauen und Männern als auch um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf kommunaler Ebene setzen wir uns verstärkt für mehr Frauen in der Verwaltungsspitze und in öffentlichen Ämtern ein. Wir unterstützen Projekte, die konkret auf das Ziel hinarbeiten, Frauen wie Männern Beruf/Karriere und Familie zu ermöglichen. Wir Bündnisgrünen setzen uns dafür ein, Gewalt gegen Frauen als unterschätztes Problem öffentlich zum Thema zu machen und zeitgleich den Frauen einen Schutzraum zu bieten.

Dafür machen wir uns stark:

- Wir wollen die Gleichstellung von Frauen vor Ort voranbringen und die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in ihrer Arbeit stärken.
- in Potsdam ein offenes und modernes Gesellschaftsbild ohne Diskriminierung leben:
    - weitere Begleitung und Umsetzung des Konzepts zur Vermeidung sexistische Werbung in Potsdam sowie der Kontaktstelle für Beschwerden über sexistische Werbung

    - an öffentlichen Plätzen geschlechterdifferenzierte Analysen durchführen und die Sicherheit für Frauen und andere diskriminierte Personengruppen gewährleisten (z.B. durch Frauentaxis oder Heimwegtelefon)
    - in städtisch-öffentlichen Gebäuden Unisex-Toiletten einrichten
    - geschlechtergerechte Sprache in der öffentlichen Verwaltung

- Die Umsetzung der auf Initiative von Bündnis90/Die Grünen beschlossenen paritätischen Besetzung in Verwaltungsspitzen (Fachbereichsleitung), öffentlichen Ämtern bzw. Quote in Aufsichtsräten und Vorständen von städtischen Gesellschaften verfolgen
- ein Frauenbeirat für Potsdam
- Initiation eines Frauenpreises der Stadt Potsdam für besondere Verdienste um die Geschlechtergerechtigkeit in der Stadt
- nach dem Vorbild des von der Bündnisgrünen Fraktion im brandenburgischen Landtag initiierten Paritätsgesetzes wollen wir uns für ein paritätisch besetztes Stadtparlament einsetzen
- Von sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder dürfen wir nicht allein lassen. Wir wollen Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen verlässlich und ausreichend finanzieren. Pädagogische Angebote in Frauenhäusern, Frauenberatungsangebote und präventive Maßnahmen wollen wir weiter ausbauen.
- Geschlechtsspezifische Angebote in möglichst allen Kinder- und Jugendclubs schaffen.
- Orte der interreligiösen Austauschs für Frauen schaffen
- Förderung der Gründung eines Zentrums für geflüchtete Frauen mit selbstbestimmter Leitung und Gestaltung durch geflüchtete Frauen

Teilhabe von Senior*innen am städtischen Leben

Die Frage des Zusammenlebens verschiedener Generationen in der Stadt muss angesichts einer alternden Bevölkerung verstärkt in den Vordergrund treten. Dies betrifft die konkreten Auswirkungen wie Barrierefreiheit und die Beförderung von Mehrgenerationenprojekten. Begegnungsstätten mit qualitativ hochwertigen Angeboten mit der Beteiligung der Senior*innen in den Stadtteilen finden wir wichtig und erhaltenswert.

Dafür machen wir uns stark:

- Generationengerechtigkeit – z.B. Senioren-Treffs in den Stadtteilzentren
- Servicewohnen für Senioren bei Neubauprojekten (beispielsweise in Krampnitz)
- altersgemischtes Wohnen fördern
- altersgerechte Mobilität gestalten und fördern
- Parks und Gärten als Erlebnisräume für Senior*innen gestalten (Spiele, Begleitungen, Vorträge, gesunde Ernährung)
- Arbeitsmöglichkeiten für Ältere fördern

Junge Räume schaffen - Jugendhilfe stärken

Jugend bedeutet für uns freie Entfaltung. Dafür braucht es die richtigen Voraussetzungen, Räume, Flächen, Angebote und vor allem: Freiheiten.

Um Diskriminierung den Rücken zu kehren und Risiken für Jugendliche zu minimieren, wollen wir moderne und offene Aufklärungsarbeit im Bezug auf Drogenkonsum, queeres Leben und psychische Belastung leisten.

Um Chancenungleichheit zu bekämpfen, wollen wir Nachhilfeangebote für sozial und finanziell benachteiligte Kinder und Jugendliche stärken und ausbauen – auch durch Koorperationen mit der Lehramtsfakultät der Universität Potsdam. Auch gesundheitlich beeinträchtigte Kinder und Jugendliche sollen gestärkt und vor Stigmatisierung (beispielsweise bei Legastheniker*innen) geschützt werden.

Wir wollen nicht-kommerzielle Räume für junge Menschen in den 18 Kinder- und Jugendclubs der Stadt weiter fördern, deren Attraktivität erhöhen und weitere ungebundene Räume schaffen. So sollen für Jugendliche ohne eigenes Einkommen gute Alternativen zu teuren Kneipen und kommerziellen Treffpunkten angeboten werden. Die Stadt Potsdam soll Räume zur Verfügung stellen und gegebenenfalls Vereine als Träger der Projekte unterstützen. Mit gutem Beispiel vorangehen, wollen wir im Staudenhof-Baukomplex. Dort möchten wir auf einer gesamten Etage einen „Solispace“ einrichten, inklusive einer nichtkommerziellen Kneipe, Umsonstladen, Tischkicker-Räumen und Co-Working-Space. Es sollen nicht nur Freizeiträume, sondern auch Orte für ungestörtes Arbeiten mit kostenlosem W-LAN entstehen.

Freizeiträume sind jedoch nicht immer von vier Wänden umgeben. Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig mehr Grünflächen – unter anderem in Parks – als Liegewiesen zur Verfügung stehen. Außerdem sollen mehr kostenfreie Grillflächen mit feuersicheren Entsorgungsmöglichkeiten angeboten werden. Wir wollen, dass mehr frei zugängliche Sportflächen geschaffen werden. Zum Einen sollen Schulsportanlagen nachmittags und am Wochenende der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, zum Anderen sollen neue Anlagen, beispielsweise zum Skaten, errichtet werden. Zudem wollen wir mehr legal zugängliche Badestellen schaffen.

Dafür machen wir uns stark:

- moderne und offene Aufklärungsarbeit, wie sie z.B. von Chill Out geleistet wird. (Drogenkonsum, queeres Leben, psychische Erkrankungen)
- Nachhilfeangebote für gesundheitlich, sozial und finanziell Benachteiligte
- nicht-kommerzielle "Solispaces" mit Kneipen, Co-Working-Spaces und Co.
- freies WLAN an gut besuchten, öffentlichen Plätzen
- mehr Liegewiesen, Badestellen, Grillflächen, Sportflächen & Skate-Anlagen
- Attraktivität von Kinder- und Jugendclubs verbessern und zu Orten für alle Jugendliche zu machen. Wir wollen, dass auch die neuen Stadtteile entsprechende Angebote für Jugendliche vorhalten. Dringend nötig sind endlich Jugendclubs im Bornstedter Feld.
- mehr Streetworker

Seit dem 30. Juni 2018 sind die Brandenburger Kommunen verpflichtet, Kinder und Jugendliche in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten zu beteiligen. So schreibt es der neue Paragraf 18a der Brandenburger Kommunalverfassung gesetzlich vor, der auf Initiative unserer bündnisgrünen Landtagsfraktion aufgenommen wurde. Dort wird auch bestimmt, dass die Kommunen dafür Beteiligungsformate entwickeln und nachweisen müssen, sie die Beteiligung sichergestellt haben.Wir wollen Kindern und Jugendlichen zeigen, dass ihre Stimme zählt.

Dafür machen wir uns stark:

- Aufstockung der Mittel des Potsdamer Kinder- und Jugendbüro für die Entwicklung und Begleitung von Formaten, die Beteiligung in all den geforderten Gemeindeangelegenheiten sicherstellen
- Entwicklung von neuen Angeboten für Kinder- und Jugendliche unter ihrer Beteiligung, wie z.B. einen ausfinanzierten Kinder- und Jugendrat, dessen Konzeption einen Etat vorsieht und sicherstellt, dass die die im KiJuPa getroffenen Entscheidungen durch die Verwaltung auch umgesetzt werden.
- Aufbereitung der Stadtverordnetenbeschlüsse, die Kinder- und Jugendinteressen betreffen, in verständlicher Sprache und Aushängung in den Schulen und Jugendclubs.

Integration von Migrant*innen fördern

Wir sehen in der Integration der Geflüchteten und Migrant*innen in Potsdam Chancen und Herausforderungen, die weiterhin anzugehen sind. Daraus formulieren wir den Auftrag an die Stadtverwaltung und die Bürger*innen, positive Entwicklungen und Projekte zu fördern und kritischen Tendenzen aktiv entgegenzusteuern. Wir unterstützen die vielfältigen ehrenamtlichen Initiativen zur Integration der Geflüchteten.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist weiterhin die bislang praktizierte, dezentrale, stadtweite Unterbringung von Geflüchteten, auch in geeignetem Wohnraum in allen Stadtteilen notwendig. Weiterhin ist anzustreben, die Aufenthaltsdauer in Gemeinschaftsunterkünften, schrittweise zu reduzieren.

Wir begrüßen und unterstützen die Interessenvertretung und die Arbeit des Migrantenbeirates in Potsdam.

Auf Bundes- und Landesebene müssen endlich Möglichkeiten geschaffen werden, dass Migrant*innen, ein kommunales Wahlrecht erlangen. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung hat 2018 beschlossen, dass die Stadt ein „sicherer Hafen" für in Seenot geratene Geflüchtete wird. Im Rahmen der europa- und bundesweiten Initiative „Seebrücke" setzen wir uns dafür ein, das Sterben im Mittelmeer zu beenden. Wir setzen uns für die Entkriminalisierung der Seenotrettung ein. Wir wollen auf dem von uns mitgetragenen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Solidarität mit Seenotrettungsmissionen und Aufnahme von Geflüchteten aus Seenot aufbauen und ihn durch zügige Maßnahmen konkretisieren. Die Stadt soll Seenotretter*innen für ihre großartige Arbeit auszeichnen.

Dafür machen wir uns stark:

- Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen, vorübergehend in kleinen Gemeinschaftsunterkünften
- Initiativen zur Unterstützung von Geflüchteten, Migrant*innen und anderen sozial Benachteiligten stärken
- gute fachliche Beratung und Betreuung von Geflüchteten ausweiten; zivilgesellschaftliches Engagement fördern
- Gemeinschaftsbildung voranbringen
- Erhöhung des Budgets zur Finanzierung von Integrationsmaßnahmen im städtischen Haushalt
- Förderung des Projekts „Stadtteilmütter" zur schnellstmöglichen Einbindung von jungen Zuwandererfamilien
- kurzfristig: Feste, Begegnungen unterstützen; mittelfristig: Aufenthalts- und Lebensqualität in den Plattensiedlungen stärken (wie am Schlaatz und in Drewitz begonnen), weitere (interkulturelle) Nachbarschaftsgärten fördern und bestehende Gärten sichern
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung "Sicherer Hafen" konsequent umsetzen durch Schaffung von kommunalen Regelungen zur Aufnahme Geflüchteter aus Seenotrettung, aber auch im Zuge von Kontingenten (z.B.

Jesid*innen und aus den Geflüchtetenlagern in den Anrainerstaaten der Kriegsschauplätze, bzw. Griechenland, Italien, Malta und Spanien)

- Verhandlungen im deutschen Städtetag, um die legale Integration dieser Geflüchteten zu ermöglichen
- Seenotretter*innen auszeichnen

Teilhabe von Menschen mit besonderen Herausforderungen

Zu einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft gehört auch die Unterschiedlichkeit aller Menschen. Zur Verwirklichung einer selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Menschen mit Behinderungen setzen wir uns für den Abbau aller Arten von Barrieren ein, wie es im Teilhabeplan der Stadt Potsdam beschrieben ist. Dieses wollen wir weiter unterstützen und kontinuierlich weiterentwickeln.

Barrierefreiheit bedeutet auch die Ermöglichung eines eigenständigen Lebens. Dazu gehören eine Auswahl von flexiblen Hilfsangeboten und umfassenden Informationen, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt zwischen verschiedenen Assistenzangeboten wählen können. Die Leistungsform des „persönlichen Budgets" kann in vielen Fällen eine selbstbestimmte Lebensführung verbessern und stärken. Es bedarf daher einer fachlichen optimierten Beratung, Begleitung und Bewilligungspraxis bei der Gewährung des „persönlichen Budgets".

Dafür machen wir uns stark:

- Umsetzung des Teilhabeplans und finanzielle Untersetzung der dazugehörigen Projekte
- speziell für die Arbeit sollten Inklusionsprojekte, wie vom Bundesteilhabegesetz (Teilhabe an Arbeit und Berufsbildung) vorgesehen, besser gefördert werden. Auch hier ist die Umsetzung des Teilhabeplans finanziell zu untersetzen.
- Ausruf eines Jahresthemas der Stadt zur Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen mit öffentlichen Veranstaltungen und Workshops
- barrierefreie Ausgestaltung der Stadtverwaltung
- eine unabhängige Beratungsstelle mit Begegnungshaus und Café für Menschen mit Behinderung
- Projekte für gemeinsames Wohnen für junge Erwachsene mit Behinderungen und deren Förderung
- gemeinsame Sportprojekte für Menschen mit und ohne Behinderungen fördern

Gesundheitsförderung und Prävention weiter ausbauen

Potsdam ist Mitglied im bundesweiten Netzwerk „Gesunde Städte“ und zeichnet sich dadurch aus, dass Gesundheitsförderung und Prävention in vielen Bereichen der Stadtpolitik eine hohe Beachtung findet.

So bietet die Verkehrs- und Mobilitätspolitik der Stadt wesentliche Schnittmengen mit dem Bereich Gesundheit, denn Lärm, Staub und Stress können krank machen. Gemeinsam mit den Bewohner*innen wollen wir Ideen für ein gesundes Leben in den Stadtteilen entwickeln und die Lebensbedingungen in der Stadt so gestalten, dass urbanes Leben ohne unnötige Gesundheitsbelastungen und –gefahren attraktiv bleibt. Umso wichtiger ist es daher, sich für ein vielfältiges Angebot von Freiräumen in der Stadt stark zu machen.

Wir haben in Potsdam sehr gute Möglichkeiten Gesundheitsförderung und Prävention praktisch umzusetzen. Dennoch sind wir als Stadt noch nicht optimal auf soziale Benachteiligungen, die Alterung und die Pflegebedürftigkeit der Menschen eingestellt. Ein hohes Gesundheitsrisiko besteht beispielsweise aufgrund von Armut durch dauerhaft geringe Einkommen oder durch Langzeitarbeitslosigkeit und drückt sich z.B. durch einseitige Mangel- bzw. Überernährung, oder durch vermehrte Suchtmechanismen, wie Alkoholmissbrauch aus.
Die offensichtlichen sozialen Ungleichheiten führen bei immer mehr Menschen, insbesondere bei betroffenen Kindern und Jugendlichen, oft zu gesundheitlichen Einschränkungen bis hin zu Schädigungen. Hier braucht es strategische, zielgerichtete Konzepte und Netzwerke, um gegen die gesundheitlichen Folgen von Armut vorzugehen.

Fakt ist es, dass in unserer Stadt viele Ältere und immer mehr pflegebedürftige Menschen leben. Hier ist eine ganzheitliche Ausgestaltung nötig, die bei den Wohnformen beginnt und mit Teilhabe z.B. durchärztliche Hausbesuchen oderambulante und stationäre, medizinische Versorgung zusammenhängt. Hier sind noch Reserven in den vielfältigen Netzwerken vorhanden. Deshalb begrüßen wir Initiativen wie die Fachstelle "Altern und Pflege im Quartier" im Land Brandenburg mit ihrer Geschäftsstelle in Potsdam und die interdisziplinäre Arbeit (Pflege- und Sozialarbeit) des Pflegestützpunktes Potsdam u.v.a., die hier auf den immer höher werdenden Pflegebedarf reagieren.

Dafür machen wir uns stark:

- Ausbau von Präventionsangeboten, in Bezug auf Umwelt- und Mobilität
- Sexuelle Gesundheit wollen wir fördern und die Präventionsarbeit stärken. Dafür unterstützen wir lokale Vereine wie z.B. die AIDS-Hilfe Potsdam.
- Strategische und zielgerichtete Konzepte und Stärkung von Netzwerken, um gegen die gesundheitlichen Folgen von Armut vorzugehen
- Aufbau einer kommunalen Altenhilfe- und Pflegeplanung und Alternsgerechte Quartiersentwicklung in möglichst allen Stadtteilen in Potsdam
- Ausbau alternsgerechter, möglichst lange ambulanter Wohnformen und von anderen alltagsunterstützenden Angeboten